

Politische Krise in Brasilien

Die Schlinge um Rousseffs Hals

Eine wirtschaftliche und eine politische Krise bringen Präsidentin Rousseff in ernsthafte Bedrängnis. Szenarien für einen ausserordentlichen Regierungswechsel werden immer offener diskutiert.

von Tjerk Brühwiller, São Paulo
8.8.2015



Fokus der Unzufriedenheit: Zwei von drei Brasilianern möchten, dass Präsidentin Dilma Rousseff abgesetzt wird. (Bild: Reuters)

Die Kapitänin eines leckgeschlagenen Schiffes mit brennenden Segeln und einer meuternden Mannschaft – ungefähr so dramatisch könnte man die Situation beschreiben, in der sich Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff befindet. Und der Sturm hat erst begonnen. Diesen Eindruck wurden die Brasilianer auch am Donnerstagabend nicht los, als sich Rousseff zum ersten Mal seit März wieder im Fernsehen an ihr Volk wandte. In den [zehn Minuten Parteiwerbung](#) ihres Partido dos Trabalhadores (PT) fiel nicht weniger als 25-mal das Wort Krise. Derweil schpeperten im ganzen Land die Pfannen, mit denen die Brasilianer neuerdings ihren Ärger über die Regierung kundtun.

Historisch hohe Ablehnung

Die Krise Brasiliens ist einerseits wirtschaftlicher Natur. Eine Generation junger Brasilianer, denen es in den vergangenen zwei Jahrzehnten ständig besser ging, sieht sich plötzlich mit einer Rezession, mit steigender Arbeitslosigkeit und Ungewissheit konfrontiert. Der Pessimismus hat ein Niveau erreicht, das erstaunlich ist für ein Land, das trotz allem zu den grössten Volkswirtschaften gehört und genügend Potenzial besitzt, um eine wirtschaftliche Krise zu meistern.

Doch es ist eben nicht die wirtschaftliche Krise allein, die Brasilien zu schaffen macht. Damit liesse sich auch nicht erklären, weshalb die Zustimmung für Präsidentin Rousseff [laut der neusten Umfrage](#) auf 8 Prozent gesunken ist, derweil 71 Prozent der Brasilianer die Regierung als schlecht oder miserabel bewerten. Es ist die höchste Ablehnung einer Regierung seit Beginn dieser Umfrage – höher noch als jene des früheren Präsidenten Fernando Collor, kurz bevor dieser 1992 in einem Absetzungsverfahren sein Amt abgeben musste. Zwei Drittel

der befragten Brasilianer sagen offen, dass der Kongress auch gegen Rousseff ein Absetzungsverfahren eröffnen sollte. Es ist ein alarmierender Wert, der zeigt, dass Brasilien weniger in einer wirtschaftlichen, sondern viel mehr in einer tiefen politischen Krise steckt.

Diese kündigte sich bereits mit den Grossdemonstrationen 2013 an, als Hunderttausende ihren Unmut über die Defizite des Landes auf die Strasse trugen. Sie setzte sich fort mit einem äusserst knappen Sieg Rousseffs im vergangenen Jahr an der Urne und Sitzverlusten ihrer Koalition im Kongress. Bereits geschwächt, wurde Rousseffs Regierung dann mit jenem Element konfrontiert, das die Krise perfekt machte: dem Skandal um Petrobras. Hatten die Brasilianer vor der Wahl erst eine vage Ahnung davon, so zeigt sich heute immer deutlicher, welche Ausmasse und welche Systematik das Netzwerk der Korruption um den staatlich kontrollierten Erdölkonzern hatte. Fast 500 Untersuchungen laufen derzeit gegen Firmen und Personen, unter ihnen auch 53 Politiker und 4 ehemalige Direktionsmitglieder von Petrobras und etliche Manager aus der Privatwirtschaft. 136 Anklagen wurden erhoben. Und bereits wurden erste Personen verurteilt. So zum Beispiel ehemalige Firmenchefs der Baukonzerne OAS und Camargo Corrêa, denen Strafen in geschlossener und halboffener Haft blühen. Andere befinden sich noch in Untersuchungshaft, so zum Beispiel Marcelo Odebrecht, Chef von [Brasiliens grösstem Mischkonzern](#).

Koalition der Korruption

Die Baukonzerne profitierten über Jahre von der Korruption um Petrobras. Sie hatten Aufträge des Erdölkonzerns untereinander abgesprochen, überteuert und dabei Milliarden abgezweigt, von denen ein Teil an Politiker und Parteien zurückfloss, hauptsächlich jene der Regierungskoalition. Die Aussagen eines ehemaligen Petrobras-Direktors und eines Mittelmanns brachten den Skandal ins Rollen, dessen Ausmass weiterhin schwierig einzuschätzen ist. Nicht nur bei Aufträgen von Petrobras soll systematisch Geld abgezweigt worden sein, sondern auch bei Projekten des staatlichen Stromproduzenten Eletrobras.

Die Operation der Staatsanwaltschaft und der Bundespolizei, die bereits zu 120 Verhaftungen geführt hat, befindet sich in der 17. Phase. Ebenjene 17. Phase hat den Skandal auch bedrohlich nahe an Präsidentin Rousseff und ihren Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva gebracht. Anfang dieser Woche nahm die Bundespolizei den früheren Kabinettschef José Dirceu fest. Laut den Untersuchungsbehörden soll er eine zentrale Rolle im Korruptions-Netzwerk um Petrobras spielen. Dirceu wurde 2012 vom Obersten Gericht bereits wegen Bildung einer kriminellen Organisation und aktiver Korruption verurteilt. Er galt als Architekt [des sogenannten Mensalão](#), eines 2005 unter der Regierung Lula da Silva aufgedeckten Korruptions-Netzwerks, das dem Stimmenkauf im Kongress diente. Heute ist klar, dass der Mensalão nur ein kleiner Teil des Ganzen war. Und es wird immer deutlicher, auf welcher Grundlage die bis heute bestehende Regierungskoalition zwischen dem PT und dessen Alliierten wirklich beruht.

Absetzungsverfahren?

Der Petrobras-Skandal hat die politische Ruhe in der Regierungskoalition gestört. Nervosität ist ausgebrochen in Brasilia, wo fast täglich die Fronten wechseln. Zwei kleinere Parteien haben die Koalition verlassen. Und Teile des wichtigsten Verbündeten, des Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB), haben offen die Bande mit Rousseff gebrochen. Dazu ist auch der Präsident des Unterhauses, Eduardo Cunha, zu zählen. Derweil versucht die Opposition den Moment zu nutzen. Immer offener wird über einen Regierungswechsel gesprochen. [Ein Absetzungsverfahren gegen Rousseff](#) ist allerdings nur möglich, wenn der Präsidentin ein Vergehen vorgeworfen werden kann. Obwohl Rousseff als Energieministerin unter Lula da Silva die Verantwortung über Petrobras trug, scheint bis anhin nichts gegen sie vorzuliegen. Zum Verhängnis könnte Rousseff jedoch ein Entscheid des Rechnungshofes werden. Dieser prüft, ob es im vergangenen Jahr zu einer Zweckentfremdung von Staatsgeldern gekommen ist. Sollte die Rechnung abgelehnt werden, könnte Rousseff administrative Unredlichkeit vorgeworfen werden, was einem Amtsenthebungsverfahren die Türen öffnen würde.

Die Opposition und der abtrünnige Flügel des PMDB sind sich uneinig. Im Raum steht auch die Forderung nach einer Neuwahl. Diese würde sich dann aufdrängen, wenn das Oberste Wahlgericht befindet, dass die Präsidentschafts-Kampagne von Rousseff im vergangenen Jahr teilweise mit illegalen Mitteln finanziert worden ist. Besonnene Kräfte warnen vor einem ausserordentlichen Regierungswechsel, da er die Krise vertiefen würde und die ökonomischen Folgen nicht abzusehen wären. Doch die Besonnenheit hat derzeit einen schwierigen Stand in Brasilien.

